

# Große Absichten, enttäuschende Umsetzung



Nach einem Jahr Schwarz-Grün in Hessen zieht der PARITÄTISCHE Hessen eine kritische Bilanz zur Sozialpolitik

„Mit dem Sozialbudget ist die Landesregierung einen ersten Schritt in die richtige Richtung gegangen“, sagt Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Hessen. „Aber gravierende Mängel in der sozialen Versorgung bleiben.“ Die durchweg positive Bilanz, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen nach einem Jahr gemeinsamer Regierungszeit Mitte Januar gezogen haben, ist schöngefärbt. Denn die Aufstockung der Mittel um rund 18 Millionen Euro auf rund 70 Millionen im Sozialbudget reicht bei weitem nicht aus. Um die Schäden einzudämmen, die die Operation „Sichere Zukunft“ vor mehr als zehn Jahren in der sozialen Infrastruktur verursacht hat, sind deutlich mehr Investitionen und Anstrengungen nötig.

Zwar stellt das Sozialbudget viele freiwillige Leistungen auf eine verlässliche Finanzierungsgrundlage und gibt durch die Festschreibung auf fünf Jahre den Trägern sozialer Angebote ein höheres Maß an Planungssicher-

heit, doch die Förderung wird auf so viele Bereiche verteilt, dass die Fördersummen zum Teil nicht ausreichend sind.

Eklatante Lücken bleiben unter anderem bei der Finanzierung von Frauenhäusern, Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie Schuldnerberatungen. Defizite weist der Anfang Februar verabschiedete Etat für 2015 zudem bei der Unterstützung besonders benachteiligter Zielgruppen auf. So lehnte es die Landesregierung trotz mehrfacher Intervention der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen ab, 550.000 Euro bereit zu stellen, die dringend erforderlich gewesen wären, um acht Arbeitsprojekte abzusichern, die seit Anfang der 90er-Jahre erfolgreich Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung durch gezielte Unterstützung eine berufliche Integration ermöglichen.

Dringend erhöht werden müssen auch das Schulgeld für die Altenpflegeschulen und die Mittel für die Finanzierung des geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Im Sozialetat fehlt zudem die Finanzierung der Jugendsozialarbeit sowie der unabhängigen Flüchtlingsberatung.

Der PARITÄTISCHE Hessen kritisiert zudem, dass im Sozialbudget kein Geld für die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte eingeplant ist, obwohl CDU und Bündnis 90/Die Grünen sie in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

„Ihr selbstgestecktes Ziel, verantwortungsvolle Sozialpolitik für die Menschen zu gestalten, hat die neue Landesregierung leider klar verfehlt“, so Günter Woltering: „Wir hoffen aber, dass sie in den kommenden Jahren noch an entscheidenden Punkten nachbessert und stehen für eine konstruktive Zusammenarbeit selbstverständlich jederzeit bereit.“

# Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung

Jetzt in Trägerschaft des PARITÄTISCHEN Hessen



Lobbyarbeit und Beratung – das bietet das Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung.  
(Foto: Ilona Surrey)

Rund 300.000 Frauen mit Behinderung leben in Hessen. Für sie leistet das Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) politische Lobbyarbeit und Interessenvertretung. Außerdem bietet es Betroffenen und deren Angehörigen sowie Fachkräften und Organisationen Beratung an. Fachkräftefortbildungen, Vernetzungen von Selbsthilfeaktivitäten und Maßnahmen zur Gewaltprävention gehören ebenso zu seinen Aufgaben. Seit Anfang 2015 ist der PARITÄTISCHE Hessen neuer Träger des Projekts, das bereits seit 1993 besteht.

„Inklusion ist seit 2012 ein inhaltlicher Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit. Gerade Frauen mit Behinderung sind nach wie vor vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt und überproportional von Gewalt betroffen. Insofern liegt uns die Arbeit des Koordinationsbüros sehr am Herzen. Danken möchten wir auch unserer Mitgliedsorganisation Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab e. V.) in Kassel für

ihr langjähriges Engagement als bisheriger Träger des Koordinationsbüros“, sagte Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen.

## Neue Räume, neuer Name

Nun ist das Koordinationsbüro unter dem Dach der Landesgeschäftsstelle des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen zu finden, sowohl räumlich als auch organisatorisch. Auch sein Name wurde leicht verändert und angepasst. Um der Begrifflichkeit der UN-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) und des Hessischen Aktionsplans zur Umsetzung der UNBRK Rechnung zu tragen, heißt es nun „Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung“ anstatt wie bisher „Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen“.

Eine weitere Neuerung ist, dass aufgrund von zunehmenden Aufgabenüberschneidungen die Tätigkeiten des

Hessischen Netzwerks behinderter Frauen in das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung eingebunden wurden. Künftig treten beide nicht mehr als getrennte Einheiten auf, sondern fusionieren zum Hessischen Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung. Leiterin des Koordinationsbüros ist weiterhin Rita Schroll, die diese Aufgabe seit 2003 inne hat.

## Landeszuschuss erhöht

Finanziert wird das Koordinationsbüro vom Land Hessen, mit dem Trägerwechsel hat es seinen jährlichen Zuschuss von 55.000 Euro auf 70.000 Euro erhöht. Das Geld fließt aus dem neuen Sozialbudget, das die schwarz-grüne Landesregierung mit dem Etat verabschiedet hat. „Mit dem PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Hessen ist ein enger und vertrauenswürdiger sozialpolitischer Partner als Träger für das Büro gefunden worden“, betonte der Hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner: „Ich bin sicher, dass so die von der Landesregierung stets aktiv unterstützte Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit für die besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Beeinträchtigungen erfolgreich fortgeführt werden kann“, erklärte der Minister.

## k o n t a k t

Rita Schroll  
Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung  
Auf der Körnerwiese 5  
60322 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 - 955 262-36  
Fax: 069 - 955 262-63  
E-Mail: [hkfb@paritaet-hessen.org](mailto:hkfb@paritaet-hessen.org)  
[www.paritaet-hessen.org/hkfb](http://www.paritaet-hessen.org/hkfb)

# „Gewalterfahrungen und Stärkung des Selbstwertgefühls spielen oft eine Rolle“

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderungen (HKFB) leistet Lobbyarbeit und bietet individuelle Beratung an. Leiterin Rita Schroll betont im Interview die vielfältigen Anknüpfungspunkte zur Arbeit des PARITÄTISCHEN Hessen.

**Frau Schroll, was hat die UN-Behindertenrechtskonvention Frauen mit Behinderungen in Hessen bisher gebracht?**

Die Gesellschaft ist an vielen Punkten offener geworden für die Belange von Frauen mit Behinderung. Auch die Politik ist stärker sensibilisiert für ihr Recht auf Teilhabe. Doch von Barrierefreiheit sind wir in vielen Bereichen noch immer sehr weit entfernt. Barrierefreiheit ist allerdings auch äußerst schwer zu erreichen. Selbst flächendeckend barrierearme Angebote zu schaffen, ist schon ein ausreißend hochgestecktes Ziel.

**Sie leiten das Koordinationsbüro seit zwölf Jahren. Was haben Sie in dieser Zeit erreicht?**

Als ich die Aufgabe im Jahr 2003 übernommen habe, war das Koordinationsbüro im Behindertenbereich schon sehr gut vernetzt. Ich habe erreicht, dass es inzwischen auch in frauenpolitischen Gremien stark vertreten ist, zum Beispiel im Landesfrauenrat, im Landespräventionsrat und in der Fachgruppe Frauen/Mädchen des PARITÄTISCHEN Hessen. Es ist jedoch noch immer so, dass in der Behindertenvertretung oft der spezifische Blick auf die Frauen fehlt und umgekehrt in Frauengremien der Blick auf das Thema Behinderung.

**Welche Projekte waren für Sie Meilensteine in den vergangenen Jahren?**

Ganz wichtig war meine beratende Mitarbeit an der Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellt und vor drei Jahren veröffentlicht wurde. Ich habe auch maßgeblich mitgearbeitet an der



Erstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der hessischen Landesregierung. Derzeit vertritt ich in der Lenkungsgruppe zur Umsetzung des Aktionsplans den Landesbehindertenrat.

**Neben der Lobbyarbeit für die rund 300.000 Frauen mit Behinderung, die in Hessen leben, beraten sie Frauen und ihre Angehörige in ganz konkreten Alltagsfragen. Was sind da die Themen?**

Ich erhalte etwa 200 Anfragen im Jahr, die ein ganz breites Spektrum umfassen. Frauen, die Lesben mit Behinderung zum Austausch suchen, sind ebenso darunter wie Betriebe, die eine Integrationsvereinbarung abschließen wollen. Ich berate Frauen dazu, wie sie Assistenz erhalten, oder ihr Selbstwertgefühl stärken können. Gewalt, Missbrauch und Trauma spielen in vielen Anfragen eine Rolle. Leider kommt es noch immer vor, dass Frauen mit Behinderung von Selbsthilfegruppen abgewiesen werden. Manchmal schlicht, weil die Räume nicht barrierefrei sind, aber manchmal auch, weil die Selbsthilfegruppen sich die Teilnahme einer Frau mit Behinderung nicht vorstellen können oder Angst vor einer Überforderung der übrigen Teilnehmerinnen haben. Für betroffene Frauen ist es natürlich sehr schlimm, kein Gehör zu finden und ich versuche in solchen Fällen zu vermitteln.

Zur Person:

Rita Schroll leitet das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung.

Sie ist studierte Sozialarbeiterin und von Geburt an blind. Qualifiziert ist sie auch als Fachberaterin Psychotraumatologie, als Peer-Counselorin und als Moderatorin für Persönliche Zukunftsplanung.

Seit April 2014 ist sie Trägerin des Bundesverdienstkreuzes. In ihrer Freizeit reist sie gerne, fährt Skilanglauf und Tandem.

**Sie betonen aber auch, dass Frauen mit Behinderungen kein Recht auf ein „Königinnen-Dasein“ haben.**

Ja, das ist mir ganz wichtig. So hatte ich zum Beispiel die Anfrage einer Künstlerin, die wollte, dass ich sie dabei unterstütze, Sonderurlaub für eine Ausstellungseröffnung zu erhalten. Meine Nachfrage, was an diesem Wunsch behinderungsspezifisch sei, machte der Ratsuchenden bewusst, dass ihr Unterstützungswunsch überzogen war. Denn jede berufstätige Künstlerin muss in diesem Fall Urlaub nehmen, egal ob sie eine Behinderung hat oder nicht.

**Neuer Träger des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung ist seit Jahresbeginn der PARITÄTISCHE Hessen. Versprechen Sie sich davon Synergieeffekte?**

Ich freue mich wirklich sehr, dass der PARITÄTISCHE Hessen die Trägerschaft übernommen hat, denn ich sehe viele Anknüpfungspunkte, zum Beispiel zum Schwerpunktthema Inklusion, mit dem sich der Landesverband seit 2012 beschäftigt, aber auch zu den anderen Bereichen sozialer Arbeit, in denen der PARITÄTISCHE Hessen und seine Mitgliedsorganisationen tätig sind.

Die Fragen stellte Barbara Helfrich

# Auf dem Weg zur barrierefreien Verwaltung



Katja Lücke als Referentin zu Gast bei der Stadt Wiesbaden.  
(Foto: Stadt Wiesbaden)

## Die sechs hessischen Modellregionen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und ihre Schwerpunkte:

- **Landkreis Gießen:**  
Bewusstseinsbildung in Dorfgemeinschaften
- **Landkreis Groß-Gerau:**  
Passgenaue Vermittlung in Arbeit
- **Stadt Hochheim:**  
Inklusionsleitfaden für den öffentlichen und privaten Bereich
- **Lahn-Dill-Kreis:**  
Freizeit, Kultur und Sport
- **Werra-Meißner-Kreis:**  
Kommunaler Aktionsplan
- **Stadt Wiesbaden:**  
Barrierefreie Verwaltung – Barrierefreie Bescheide
- **Waldeck-Frankenberg:**  
Barrierefreiheit in Gastronomie und Tourismus

Jede Modellregion wird vom Land Hessen durchschnittlich mit 100.000 Euro im Projektzeitraum von zwei Jahren gefördert. Im April 2015 will es zusätzliche Modellregionen einrichten.

Bei einer internen Fortbildung der Stadt Wiesbaden war Katja Lücke, Mitarbeiterin beim PARITÄTISCHEN Hessen im Projekt Inklusion und Barrierefreiheit, jetzt Referentin. Sie informierte über den grundlegenden Perspektivwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe, den die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erfordert. Bei dem Seminar wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Soziale Arbeit für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen sensibilisiert und geschult.

Im Amt für Soziale Arbeit der Stadt Wiesbaden wird seit dem vorigen Jahr eines der Projekte umgesetzt, die in den sieben hessischen Modellregionen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgesehen sind, die es bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab.

Als Schwerpunkt hat sich die Kommune das Thema „Barrierefreie Verwaltung – Barrierefreie Bescheide“ gesetzt. Dazu gehört, dass Bescheide des Amtes für Soziale Arbeit künftig auch als Audiodateien übermittelt werden können.

Zudem gibt es zu den Bescheiden Erklärungen in Einfacher Sprache. Entsprechende Standards entwickelt und erprobt die Landeshauptstadt derzeit.

Doch auch die Bewusstseinsbildung bei den Beschäftigten ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur barrierefreien Stadtverwaltung in Wiesbaden. Die Inklusionsexpertin des PARITÄTISCHEN Hessen hat gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Soziale Arbeit der Stadt Wiesbaden die Fortbildungsveranstaltung sowohl inhaltlich als auch methodisch-didaktisch konzipiert.

Bei der zweitägigen Fortbildung gab es praktische Hinweise für die besonderen Anforderungen an Kommunikation mit Klientinnen und Klienten mit verschiedenen Behinderungen. So ist es für Antragstellende mit einer Hörbehinderung besonders wichtig, dass Verwaltungsbeschäftigte nicht gleichzeitig auf den Computer-Bildschirm schauen, wenn sie mit ihnen sprechen. Und blinde Menschen profitieren auch beim Besuch in der Stadtverwaltung

von ausgiebiger Kommunikation. So sollten Verwaltungsbeschäftigte Bescheid geben, wenn sie kurz ihren Platz verlassen, um zu vermeiden, dass sich ihr Gegenüber plötzlich mit einem leeren Stuhl unterhält.

Einige dieser Hinweise sind auch in der Broschüre „10 Knigge-Tipps zum respektvollen Umgang mit behinderten Menschen“ zu finden, die der PARITÄTISCHE Hessen veröffentlicht hat. Sie wird nicht nur von der Stadt Wiesbaden an die Beschäftigten verteilt, sondern auch von zahlreichen anderen Behörden. Auch im internen Netzwerk der Bundesagentur für Arbeit sind die Knigge-Tipps inzwischen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abrufbar.

Die Stadt Wiesbaden hat Katja Lücke eingeladen, auch bei weiteren Fortbildungen zur Inklusion zu referieren. Bisher war das Seminar Beschäftigten aus den Bereichen Sozialhilfe, Jobcenter, Wohnen und Pflegeberatung vorbehalten. Im kommenden Jahr will es die Landeshauptstadt allen ihren Beschäftigten anbieten.